

# Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

1. Band Nr. 3

Ausgegeben am 20. Oktober 1922

41. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

## Die Regierungskrise in England

Von Heinrich Cunow

Die Orientkrise hat zu einer schweren Erschütterung der Stellung des englischen Ministerpräsidenten geführt. Von den verschiedensten politischen Seiten wird der Rücktritt des englischen Premierministers mit der Begründung gefordert, daß seine Politik Englands Ansehen und Machtstellung im Orient aufs schwerste geschädigt habe und deshalb der Moment für Lloyd George gekommen sei, seinen Platz zu räumen und Parlamentsneuwahlen anzusehen. Trete jetzt der bisherige Leiter des Gesamtministeriums zurück, so ermögliche das noch die durchaus notwendig gewordene Klärung der englischen Parteiverhältnisse, während anderenfalls mit weiteren Wirrungen gerechnet werden müsse. Besonders ist in England aufgefallen, daß selbst der einflußreiche »Observer« (Beobachter) sich diesem Rufe nach Lloyd Georges Rücktritt angeschlossen hat. Zwar hat dieses Blatt schon im März dieses Jahres, als von dem rechten Flügel der Unionisten ein Vorstoß gegen Lloyd George unternommen wurde, diesem den Rücktritt nahegelegt; aber seitdem hatte das Blatt sich wieder mehr und mehr mit der Georgeschen Politik ausgesöhnt und dessen Haltung verschiedentlich gestützt.

Man ist weder auf der konservativen noch auf der altliberalen Seite mit Lloyd Georges Behandlung der indischen Frage und mit seiner Orientpolitik zufrieden, die die Türken und Russen einander in die Arme getrieben, das englische Prestige in Kleinasien geschädigt und die Moslems in Nordindien wie in Mesopotamien gegen die englische Herrschaft aufgestachelt hat. Vornehmlich wird aber Lloyd George von den Liberalen und den Arbeiterparteilern vorgeworfen, daß er im östlichen Mittelländischen Meer eine durchaus persönlich-eigenmächtige Politik getrieben habe, die England höchstwahrscheinlich in einen neuen Orientkrieg gestürzt hätte, wenn nicht General Harington, der Führer der englischen Truppen, in seinen Verhandlungen mit Kemal Pascha eine kluge diplomatische Mäßigung bewiesen und die ihm von London zugegangenen scharfen Instruktionen mit großem Geschick in versöhnlichem Sinne ausgelegt hätte. Daß im englischen Kabinett eine starke Kriegsstimmung vorhanden sei und Lloyd George selbst diese Stimmung teile, beweise der von ihm nach dem entscheidenden Siege der Türken erlassene Aufruf mit seiner Aufforderung an die englischen Dominien, dem Mutterland in den bevorstehenden Kämpfen Hilfe zu leisten — ein Aufruf, der nichts als eine gellende Kriegsfanfane sei. Schon vor dem »Observer« hatte denn auch der »Manchester Guardian« erklärt, daß zwar die drohende Kriegsgefahr abgewendet scheine, daß aber demnächst ernstlich geprüft werden müsse, wodurch sie heraufbeschworen sei und wer dafür die Verantwortung trage.

Noch schärfer ist angefaßt der sich im englischen Kabinett zeigenden Kriegslust die englische Arbeiterpartei vorgegangen. Sie hat sich nicht mit der Drohung begnügt, die zu einem neuen Kriege Drängenden zur Verantwortung ziehen zu wollen, sondern durch ihren Generalrat (National Joint Labour Council) folgende öffentliche Kundgebung erlassen:

Der Generalrat ist überzeugt, daß die gegenwärtigen Ereignisse keinerlei Anlaß zu einem Kriege bieten, denn alle grundlegenden Fragen könnten auf der Konferenz geregelt werden. Aber die Kriegspartei im Schoße der englischen Regierung setzt ihre Tätigkeit fort, besonders durch Veröffentlichungen in der Presse, wodurch das Land in Unruhe und Aufregung versetzt wird. Die Kriegsdrohungen, die besonders in der Kundgebung der Regierung vom 1. Oktober enthalten sind, dürfen keinen Anlaß zur Aufregung geben, denn sie entbehren jeder Grundlage. Der Generalrat verurteilt diese verbrecherische Tätigkeit und warnt das Publikum vor ihr. Infolgedessen fordert er die völlige und endgültige Einstellung dieser unglückseligen Stimmung. Er fordert die sofortige Demission der Regierung, die für diese Politik verantwortlich ist. Eine Regierung, die im Ausland diskreditiert ist, kann die englischen nationalen Interessen nur schädigen; sie ist unfähig, das Land auf irgendeiner bedeutenden internationalen Konferenz zu vertreten. Der Generalrat fordert daher die sofortige Demission des Kabinetts und die Wahl eines neuen Parlaments.

Er sieht in diesen beiden Maßnahmen das einzige Mittel, um die Stellung Englands wieder zu heben, und das nicht nur im Orient, sondern gegenüber allen gegenwärtigen Problemen der inneren und äußeren Politik.

Lloyd George ist dadurch in eine prekäre Lage geraten, zumal auch von verschiedenen Blättern des Usquithschen Liberalismus die Forderung des Rücktritts des Ministerpräsidenten und der Ausschreibung von Neuwahlen erhoben wird; doch mußte Lloyd George nicht Lloyd George sein, wenn er sich nicht sofort ohne Rücksichtnahme auf Freund und Feind mit anerkannter demagogischer Geschicklichkeit zur Wehr gesetzt hätte. In Deutschland gilt er vielfach, hauptsächlich in anglophilen liberalen Kreisen, als großer, weitblickender Staatsmann; in England, das in seiner politischen Geschichte manchen wirklichen Staatsmann großen Stils aufzuweisen hat, wird er weit weniger als großer Staatsmann betrachtet, und wer ihn in historischer gebildeten englischen Kreisen mit jenen Führern aus Englands stolzer Vergangenheit in Parallele stellen wollte, würde auf ein mitleidiges Lächeln stoßen. Nie hat Lloyd George über die allernächste Zukunft hinausgeschaut und im voraus kommende Probleme in ihrer Eigenheit erkannt, noch hat er sich jemals weitreichende ferne Ziele gesteckt und diesen mit Beharrlichkeit im Wechsel der Tagesereignisse nachgestrebt; aber er ist ein äußerst geschickter politischer Manager, der sich schnell in eine Situation hineinzufinden und dieser entsprechend mit demagogischem Geschick seine Maßnahmen zu treffen weiß. So ist denn auch Lloyd George die Antwort auf die Kundgebung der Führer der Arbeiterpartei nicht schuldig geblieben. Er hat sofort auf telegraphischem Wege das bisher geheim gehaltene Protokoll einer Besprechung veröffentlichen lassen, die er am 21. September mit dreißig Mitgliedern des Generalrats der englischen Gewerkschaften in der Downingstreet gehabt hat. Danach hat der englische Premierminister damals ausgeführt, es müßten strenge Maßnahmen gegenüber der Türkei in Aussicht genommen werden, weil sie das einzige Mittel seien, einem Kriege vorzubeugen, besonders um dessen Übergreifen

nach Europa zu verhüten. Mündliche Proteste nützen nichts. Sollten Konflikte vermieden werden, müßte gegen die Türken scharf vorgegangen werden. England habe Griechenland kein Sixpencestück und keinerlei Waren für sein asiatisches Abenteuer geliefert; im Gegenteil, England habe Griechenland, bevor es nach Smyrna ging, gesagt, es tue dies auf eigene Kosten und eigene Verantwortung. Auf die Zusage der Türken, daß die Meerengen frei bleiben, könne man sich nicht verlassen; zur Kontrolle des Völkerbundes hingegen könne man Vertrauen haben. Dieser müsse auch darüber entscheiden, ob man die Meerengen besetzenden müsse, um ihre Freiheit zu sichern. Die englische Regierung wolle Türken und Griechen durchaus gleichmäßig behandeln. Deshalb gestatte sie keinem, die neutrale Zone zu verletzen.

Was Lloyd George mit dieser Veröffentlichung bezweckt, ist klar. Er will dadurch beweisen erstens, daß die englischen Gewerkschaftsführer noch vor kurzem mit seiner Orientpolitik einverstanden gewesen seien und deshalb der Generalkrat der Arbeiterpartei keinen Anlaß habe, sich mit einer so scharfen öffentlichen Erklärung gegen diese Politik zu wenden; zweitens, daß er die Kriegsdrohungen gegen die Türken nur gebraucht habe, um diese von einem weiteren Vorrücken abzuhalten und die Übertragung des Kampfes auf die Balkanhalbinsel zu verhindern; drittens, daß er nichts anderes erstrebe als völlige Freiheit der das Mittelländische mit dem Schwarzen Meer verbindenden Meerengen, und zwar, wie es in dem erwähnten Geheimprotokoll heißt, im besonderen Interesse Rußlands und Rumäniens (diese zärtliche Fürsorge Lloyd Georges für Rußland ist geradezu rührend — nur zeigt die Sowjetrepublik dafür wenig Verständnis, hat doch der russische Rat der Volkskommissare dem zwischen Kraissin und Urquhart, dem Leiter der Russo-Asiatic Consolidated Company, abgeschlossenen Konzessionsvertrag die Bestätigung mit der Begründung versagt, daß die jüngste Tätigkeit der englischen Regierung die Anerkennung der Gleichberechtigung Sowjetrußlands im nahen Osten und im Schwarzen Meer völlig vernichten lasse).

Wie wenig es sich in Wirklichkeit für die Lloyd George'sche Regierung tatsächlich um die Freiheit der Handelschiffahrt in den Meerengen handelt, hat kürzlich H. N. Brailsford, der neue Chefredakteur des »New Leader« (Neuer Führer) der erweiterten Fortsetzung des »Labour Leader«, offiziellen Organs der Independant Labour Party (Unabhängigen Arbeiterpartei) in seinem Blatte treffend dargelegt. In diesem »The Freedom of the Straits« (Die Freiheit der Wasserstraßen) überschriebenen Artikel heißt es:

Die Freiheitsphrase ist nichts anderes als eine Rauchwolke. Sie hat zwei Bedeutungen. Die eine besagt, daß die Meerengen jederzeit den Zweck eines offenen Hochwegs des Weltverkehrs haben sollen. Die Freiheit der Meerengen für Kauffahrteischiffe in Friedenszeiten ist niemals bestritten worden, seit Rußland im achtzehnten Jahrhundert die Küste des Schwarzen Meeres erworben hat. Dieses Minimum der Freiheit sieht der ganzen Welt zu ohne Verträge, ohne Unterhandlungen und Drohungen. Aber wir haben das Recht, etwas mehr zu verlangen, und vornehmlich haben das die vier Völker, die an den Küsten des Schwarzen Meeres wohnen. Es muß möglich sein, daß auch in Kriegszeiten wenigstens neutrale und freundschaftliche Schiffe die Meerengen unbehindert benutzen können. Im Jahre 1911, als Italien seinen imperialistischen Krieg gegen die Türkei führte und Tripolis an sich riß, blockierte es den Ausgang der Dardanellen, und die Tür-

ken schlossen hierauf aus Vorsicht diese. Man kann sie deswegen schwerlich tadeln; aber der russischen Schifffahrt im besonderen erwuchs daraus eine große Schädigung. Sie führte zur Wiederbelebung des Verlangens nach Konstantinopel, das im weiteren, auf russischer Seite, zum Anlaß des großen Krieges wurde. Hier ist eine wirkliche Beschwerde vorhanden, die nach Abstellung schreit. Die Meerengen müssen sowohl in Friedens- als in Kriegszeiten frei sein. Die Türken denken nicht im geringsten daran, dieser Forderung zu opponieren; und es liegt offenbar auch im Interesse Rußlands und Bulgariens, auf ihr zu bestehen. Die Küsten der Meerengen müssen daher entmilitarisiert werden, und eine internationale Autorität — in diesem Falle kann das nur der Völkerbund sein — muß die Wasserstraßen überwachen und das Recht haben, ihr Veto einzulegen, wenn irgendeine Macht das Freiheitsprivilegium bedroht. Wenn diese das ist, was mit der Freiheit der Meerengen gemeint ist, dann ist es gut; aber dann war nicht nötig, auch nur den geringsten unserer kleinen Kreuzer auszusenden, um sie zu erzwingen.

Brailsford führt dann aus, daß von den vornehmlich an der Frage interessierten Mächten unter Freiheit der Meerengen jedoch gewöhnlich etwas ganz anderes verstanden werde, nämlich das Recht, ungehindert Kriegsschiffe durch die Dardanellen zu senden, ein Recht, das Rußland mehrfach gefordert, dem aber England früher opponiert habe.

»Hier«, so sagt Brailsford, »liegt der wirkliche Schwerpunkt der Frage. Downing Street (der Sitz des englischen Auswärtigen Amtes) wünscht Freiheit, aber eine recht herrliche Freiheit, eine oberherrliche Freiheit: die Freiheit, nach Belieben Kriegsschiffe durch die Meerengen zu schicken. Dieser Freiheit erfreut sich ja die englische Regierung schon seit dem Waffenstillstand, und sie hat diese Freiheit mit mehr Unternehmungsgeist als Erfolg ausgiebig dazu benutzt, russische Häfen zu blockieren. Sie hat sie ferner dazu benutzt, französische Truppen und britische Munition den Denekin und Wrangel zur Stärkung zu senden; sie hat sie dazu benutzt, um Batum und die Petroleumquellen von Baku zu okkupieren, und sie hat sie ferner dazu benutzt, die Absichten ihres griechischen Klienten zu begünstigen, dessen Kriegsschiffe kürzlich (am 25. September) vor Konstantinopel ankerten. Wenn England die Berechtigung hat, in dieser Weise die Meerengen zu benutzen, dann ist es die herrschende Macht im Schwarzen wie im Mitteländischen Meer (the predominant Power in the Black Sea, as it is in the Mediterranean)...

Wahrscheinlich wird Downing Street antworten: Wohl, wir fordern die Freiheit für unsere Kriegsschiffe, die Meerengen sowohl in Friedens- als in Kriegszeiten zu durchfahren; aber wir begehren für uns kein Sonderprivilegium; wir streifen für das Recht der Kriegsschiffe im allgemeinen, und was wir gewinnen, wollen wir mit Frankreich, mit Italien, mit Griechenland und sogar mit Rußland teilen. Man erkennt kaum in diesem simplen-gemütvollen Altruismus die gewöhnliche Gesinnung Downing Streets wieder. Von welchem Nutzen ist denn dieses ganze Privilegium für eine schwächere Seemacht? ... Selbst wenn das Arrangement des Vertrags von Sevres bestehen bleibt und die Bewachung der Meerengen durch den leichtbelehrbaren Völkerbund den Hauptmächten der Alliierten anvertraut wird — welchen Wert würde für Frankreich und Italien die Mitbeteiligung an dieser Aufgabe haben? Unsere überlegene Seemacht überschattet völlig die ihrige, und bei der ersten ernstlichen Meinungsverschiedenheit, bei dem ersten Lufttauchen einer Kriegsgefaher würden die Schiffe dieser Mächte aus der Nachbarschaft ihres Mitüberwachers flüchten und Unterschlupf in heimischen Gewässern suchen.«

Der Artikel kennzeichnet so trefflich den Wert des Veredes Lloyd Georges von der Freiheit der Meerengen, daß man kaum annehmen kann, die

Führer der englischen Arbeiterpartei werden sich durch die Veröffentlichung des Geheimprotokolls in ihrer Haltung zur Georgischen Orientpolitik beeinflussen lassen. Jedenfalls zeigt aber die Tatsache, daß der englische Ministerpräsident ohne Skrupel zur Bekanntgabe des Geheimprotokolls greift, wie wenig er geneigt ist, sich von der Arbeiterpartei Vorschriften machen zu lassen und auf deren Wunsch zurückzutreten. Der einstige ehrgeizige kleine Waliser Advokat, der es durch zähe Energie und geschickte Anpassung an jeweilige politische Strömungen zum englischen Premierminister und Diktator gebracht hat, fühlt sich viel zu sehr im Besitz der Macht, als daß er den Wünschen der Führer der Arbeiterpartei oder selbst den Ratschlägen seiner engeren Freunde einfach nachgibt. Er wird nur dann vorgeeilt (die Parlamentsauflösung ist erst im Spätherbst nächsten Jahres fällig) von seinem Posten zurücktreten und neue Wahlen ausschreiben, wenn er zu der Überzeugung gelangt, daß die Situation seiner Wiederkehr günstig ist und er darauf rechnen darf, im neuen Parlament eine sichere Mehrheit zu finden. Zu dieser Überzeugung ist er aber allem Anschein nach bisher noch nicht gelangt, und so wird er vorläufig auf dem Turmseil der hohen englischen Außenpolitik mit der ihm eigenen Jongleurgeschicklichkeit balancieren und die Gelegenheit suchen, einige große Reden zu halten, in denen er dem englischen Publikum Liebenswürdigkeiten sagt und in politischer Ethik macht. Inzwischen ist dann der 14. November herangenahet und damit die Wiedereröffnung des Parlaments, dem man zur Ablenkung ja sofort einige neue politische Probleme vorsehen könnte.

Sehr zufrasten kommt Lloyd George in der jetzigen Lage, daß weder die konservativen Unionisten noch die Koalitionsliberalen einen geeigneten Erbsmann haben, der die Regierungsgeschäfte zu übernehmen und sich in dem jetzigen Durcheinander durchzusetzen vermag. Es geht den englischen Unionisten in gewissem Sinne wie bei uns den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, die auch gern den jetzigen Reichspräsidenten abfügen möchten, aber in ihrer Mitte nicht den Mann finden, der ein derartiges Ansehen und eine derartige Autorität besitzt, daß man ihn mit Aussicht auf Erfolg bei der nächsten Reichspräsidentenwahl dem gewesenen Sattlermeister entgegenstellen könnte. Was soll aus den nach allen Richtungen auseinanderstrebenden, die verschiedenartigsten, widersprechendsten Interessengruppen umfassenden Regierungsblock werden, wenn Lloyd George geht? War er doch bisher die eigentliche Eisenklammer, die dieses lose Massengefüge zusammenhielt. Schon bei dem Vorstoß der Rechtsunionisten gegen Lloyd George im Februar-März dieses Jahres stellte sich heraus, daß man in England, dem vielbewunderten parlamentarischen Musterland, keinen Mann fand, den man der verworrenen weltpolitischen Lage gewachsen erachtete, so daß schließlich selbst die konservativen Führer Lloyd George fast ansahen, doch zunächst weiterzuregieren.

Das aus dem Kriege hervorgegangene England ist ein ganz anderes als das des alten Gladstone und der gracious queen. Die Hoffnungen, die man dort zu Anfang des Krieges auf die Unterdrückung der deutschen Wirtschaftskonkurrenz und auf eine Stärkung der englischen Weltwirtschaft setzte, haben sich in keiner Weise erfüllt. Der Krieg hat die nordamerikanische Union zur ersten Finanzmacht erhoben, die in Mittel- und Südamerika England ein Wirtschaftsterrain nach dem anderen abgräbt, und auf dem euro-

päischen Kontinent hat England sich in Frankreich einen politischen Rivalen geschaffen, der stetig an Machtdünkel gewinnt und dessen Ansprüche — wie jetzt wieder im Orient — sich England immer weiter nachzugeben gezwungen sieht. In Indien, im Euphrat- und Tigrisgebiet wie auch in Ägypten wächst der Widerstand der unterjochten einheimischen Völkerschaften gegen die ihnen aufgezwungene englische Herrschaft, während zugleich in Kanada, Australien und Südafrika das Selbstständigkeitsstreben der Bevölkerung stetig zunimmt. Längst betrachten diese Dominions sich nicht mehr als abhängige Tochterstaaten eines Mutterlandes, sondern als souveräne befreundete Mächte Großbritanniens, deren politisches und wirtschaftliches Interesse ihnen eigene Wege vorschreibt.

Der Lahmlegung der deutschen Wirtschaft ist nicht, wie man einst vielfach hoffte, ein glänzendes Aufsteigen des englischen Wirtschaftslebens gefolgt, sondern es hat im Gegenteil der wirtschaftliche Niedergang Mitteleuropas auch England mit in seinen Bann gezogen und den Verlust wichtiger Absatzgebiete, die Einengung verschiedener Produktionszweige, Arbeitslosigkeit und eine riesige Steigerung der Staatsausgaben für sogenannte soziale Zwecke zur Folge gehabt.

Wie in Deutschland, vollzieht sich auch in England — teilweise freilich aus anderen Gründen — eine völlige Umschichtung des Mittelstandes und damit zugleich eine neue Interessenumgruppierung. Immer neue politische und wirtschaftliche Probleme tauchen auf, deren Lösung in den einzelnen Gruppen in den verschiedensten Richtungen gesucht wird. Und zu dieser Unsicherheit in den Lagern der bürgerlichen Parteigruppen gesellt sich die Befürchtung, daß bei den kommenden allgemeinen Wahlen die Arbeiterpartei, die sich nach und nach eine festere Organisation geschaffen hat, eine beträchtliche Anzahl von Parlamentssitzen gewinnen und damit einen entscheidenden Einfluß auf die englische Regierung gewinnen könnte.

Für Deutschland wäre es entschieden am besten, wenn die englischen Neuwahlen möglichst bald stattfinden würden; denn es ist ziemlich sicher mit einer beträchtlichen Mandatzunahme der Arbeiterpartei und der Usquithschen Liberalen zu rechnen, und wenn unter letzteren sich auch viele frankophile Politiker befinden, ist doch mit ziemlicher Gewißheit anzunehmen, daß die aus den Wahlen hervorgehende neue Koalitionsregierung den französischen Machtansprüchen schärfer entgegentreten und mehr zur Rücksichtnahme auf die Wirtschaftslage Mitteleuropas geneigt sein wird als die jetzige Lloyd Georgesche Regierung.

## Die landwirtschaftlichen Produktivkräfte der britischen Dominien

Von Dr. Henriette Schapira

### I

Die vier großen britischen Dominien, Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrika (von dem fünften, und historisch ältesten, Neufundland, sei hier abgesehen, weil es vorwiegend ein Land der Fischerei, der Schifffahrt und des Bergbaus ist), müssen trotz ihrer eifrigen Industrialisierungspolitik heute noch als reine Agrarstaaten bezeichnet werden, deren weltwirtschaft-